

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 325 | 09/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

KPÖ WÄHLEN –

Die einzige gefährliche Parallelgesellschaft sind Superreiche

Gemeinsam gegen Teuerung, für leistbaren Wohnbau und mehr Geld für Bildung & Soziales

ROSA
Insta: rosa_oesterreich

BEWEGUNG GEGEN RECHTSRUCK AUFBAUEN!

AUS DEM INHALT

» Die **Wahlen** finden in Zeiten ökonomischer und politischer Dauerkrise statt. Analysen und Perspektiven für die Linke und den Widerstand

Schwerpunkt

» In der **Herbstlohnrunde** brauchen wir keine faulen Kompromisse, sondern einen Kampf für Verbesserungen über die unmittelbar betriebliche Ebene hinaus.

Seiten 5,6,7

» Egal, wie die nächste Regierung aussieht: Es drohen brutale **Kürzungspakete**. Wo Angriffe zu erwarten sind – und wie wir uns wehren können

Seite 4

WER WIR SIND



- » Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.
- » Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.
- » Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.
- » Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.
- » Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.
- » Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.
- » Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.
- » Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnstraße 35A

ISA Wien Nord

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Aktuelle Infos unter slp.at/kalender,
Einwahldaten für Online-Treffen
unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Internationale Sozialistische Alternative, Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 256000000008812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

Watch-Party Nationalratswahl

Wir verfolgen gemeinsam die Berichterstattung am Wahltag und die Ergebnisse, um sie zu diskutieren und nächste Schritte für Aktivitäten zu planen. Komm vorbei!

29.9. | ISA-Büro | ab frühem Nachmittag

Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Anmelden unter: slp@slp.at

Wählen ist gut – Aktiv werden ist besser!

von Sebastian Kugler

„Geh wählen! Nur so kannst du etwas verändern!“ – So oder so ähnlich lauten die oft bemühten Versuche, Menschen zur Wahlurne zu bringen. Unabsichtlich wird dabei eine bittere Wahrheit über die bürgerliche Demokratie und das kapitalistische System, das ihr zugrunde liegt, ausgesprochen: Einmal alle fünf Jahre darfst du ein Kreuz bei der Gruppe von Anzugträger*innen machen, von der du hoffst, dass sie den geringsten Schaden anrichten. Zentrale Agenden der nächsten Regierung – egal wie sie aussieht – wurden von den Sprachrohren der Superreichen wie der Industriellenvereinigung und dem Fiskalrat bereits vorgegeben: Massive Kürzungen bei Gesundheit, Sozialleistungen und Pensionen, um “fiskalpolitischen Handlungsspielraum zu schaffen” (Fiskalrat) – also um mehr Geld in Banken und Konzerne stecken zu können, damit die Profitmaschine trotz vielfacher Krisen weiterläuft (S.4). Auch für systemischen Rassismus braucht es keine FPÖ in der Regierung, wie die neueste Grausamkeit in Form von “Bezahlkarten” für Asylwerber*innen zeigt (S.13). Was wir nicht demokratisch wählen und abwählen können: Unsere Vermieter*innen und Bosse; die Höhe unserer Löhne und Mieten; ob Geld für Pflege da ist oder für Aufrüstung; ob die Politik gegen das Massaker in Gaza und die Gewalt im Südsudan aufsteht usw. Davon abgesehen dürfen aufgrund des systematischen Rassismus dieses Staates 20% der Bevölkerung im wahlfähigen Alter gar nicht wählen.

Ist also alles zwecklos? Keineswegs. Es gibt bei den Wahlen eine reale Chance, mit der KPÖ das erste Mal seit 70 Jahren eine Kraft links von SPÖ & Grünen, die sich beide komplett der herrschenden Politik verschrieben haben, ins Parlament zu bringen (Schwerpunkt). Ein Einzug der KPÖ wäre ein wichtiger Erfolg für

die Linke, kämpferische Gewerkschafter*innen und betriebliche Aktivist*innen sowie für soziale Bewegungen. Gleichzeitig hindert ihr Schweigen zu Fragen von Rassismus und Sexismus die KPÖ daran, dem großen Potential, welches an Widerstand gegen die etablierte Politik da ist, effektiv zum Durchbruch zu verhelfen. KPÖ wählen ist also wichtig, aber bei weitem nicht genug – gerade in dem Maße, in dem die KPÖ sich selbst immer mehr auf die parlamentarische Ebene beschränkt.

Entscheidend ist also nicht nur, was wir am 29. September tun – sondern genauso in den Tagen und Wochen davor und danach. Als ISA und ROSA werden wir im Wahlkampf gegen den Rassismus von FPÖ & Co mobilisieren. Wir werden Widerstand gegen die Kürzungspläne der nächsten Regierung organisieren und in den kommenden KV-Verhandlungen (S.5) vom privaten Sozial- und Gesundheitsbereich (S.6) bis zur Bahn (S.7) für echte Verbesserungen und die dafür notwendigen Kampfmaßnahmen eintreten. Hin zum 25. November werden wir eine Kampagne gegen geschlechtsspezifische Gewalt auf die Beine stellen. Wie wichtig dieser Kampf ist, zeigen die inspirierenden Massenproteste gegen Femizide in Indien (S.15).

Unsere Politik findet nicht (nur) im Parlament statt – sondern in den Straßen, Betrieben und Schulen. Das bedeutet, selbst aktiv zu werden und sich gemeinsam mit anderen zu organisieren. Wirkliche und grundlegende Veränderungen – und genau die brauchen wir – sind immer auf diese Weise erreicht worden!





Kürzungen? Nicht auf unsere Kappe!

von Judith G.

Momentan kann man den warmen Geldregen noch spüren, der uns daran erinnern soll, das Kreuzchen bei den Nationalratswahlen an der richtigen Stelle zu machen: Gratis-Impfungen, Förderungen fürs Eigenheim, etc.

Dennoch kommen harte Zeiten auf uns zu. Der Fiskalrat prognostiziert ein Defizit von 3,4% des Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr und rät zu einem massiven Sparpaket. Das liegt unter anderem am stagnierenden Wachstum – welches hausgemacht ist. Die Leistung eines Unternehmens wird am Jahresabschluss gemessen. Ist dieser höher als im Vorjahr, wird von Wachstum gesprochen. Die mit unserem Steuergeld bezahlten Coronahilfen (je nach Quelle ca. 50 Mrd €) führten zu einem künstlich geschaffenen Wachstum. Um eine Rezession (also ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung) abzuwenden, wurde/wird unter anderem in den Folgejahren die Körperschaftsteuer (= KöSt – Steuer auf das Einkommen von bestimmten Unternehmensformen) in den Jahren 2023 & 2024 um jeweils ein Prozent gesenkt – offiziell um sich an den EU-Schnitt von 21% anzupassen – was die Jahresabschlüsse besser ausfallen lässt. Der Staat zahlt bei Verlusten, kassiert aber nur wenig bei Gewinnen. Unternehmen tragen so weniger Risiko, Steuerzahler*innen dafür umso mehr.

Doch die Entlastung der Unternehmen führt zu Löchern im Staatsbudget, was nach den Wahlen schnell zu

Kürzungen führen wird. Gekürzt wird überall da, was nicht unmittelbar Geld bringt, sondern erstmal nur kostet – also im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich. Inflation sei Dank, müssen Kürzungen teilweise gar nicht mehr aktiv getätigt werden, sie entstehen durch ausbleibende Erhöhung von selbst. Z. B.: Das Arbeitslosengeld wurde nicht an die Inflation angepasst. Aber auch die Verringerung des Personalschlüssels (Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich) ist eine effiziente Sparmethode (Die max. Größe von 25 Schüler*innen pro Schulklassen wurde bereits aufgehoben.) Auf Kürzungen dieser Art können wir uns in der nächsten Regierungsperiode in vielen Bereichen einstellen. Was dabei außer Acht gelassen wird: Die fehlende Versorgung führt auf lange Sicht zu höheren Kosten. Um nur einen Dominoeffekt aus einem der Bereiche zu nennen: Krankheiten, die früh entdeckt werden, können kostengünstiger, mit weniger Krankenstandstagen behandelt werden und die betroffene Person kann schneller wieder ins Arbeitsleben einsteigen. Angehörige müssen nicht in Teilzeit gehen, weil sie ihre Angehörigen pflegen müssen.

Fehlerhaft in allen Teilen

Der Kapitalismus ist in sich so fehlerhaft, dass er ohne Hilfen aus Steuergeldern nicht überleben würde. Der Staat und der Markt arbeiten Hand in Hand an den Steuerzahlenden vorbei. Die meiste Steuerleistung wird von der

Umsatzsteuer (2021: 30,4 Mrd. €) und der Lohnsteuer (2022: 32,4 Mrd. €) getragen, also das, was hauptsächlich arbeitende Menschen bezahlen. Die KöSt brachte 2022 14,2 Mrd.€ in das Staatsbudget ein. Das reichste 1% der Bevölkerung besitzt 40% des Vermögens in Österreich, zahlt im Vergleich zu den den ärmsten 90% wenig Steuern, profitiert aber durch Öffentliche Einrichtungen wie Gesundheitswesen und öffentlicher Verkehr, da ihre Arbeiter*innen, um Leistung erbringen zu können, gesund sein und zum Arbeitsplatz anreisen müssen.

Statt Kürzungen (aktiv oder passiv) fordern Studien (Sozialbericht Nationalbank) eine Vermögensteuer. Ebenso könnte die Erbschaftsteuer in Österreich wieder eingeführt, die KöSt angehoben werden, usw. Doch selbst durch die Anhebung von privatvermögensabhängigen Steuern bedeutet das nicht, dass das Plus im Budget an den richtigen Stellen landet. Stichwort Aufrüstung. Ebenso müssen Kredite, die nur aufgenommen werden, um beim Jahresabschluss Schulden und somit weniger Gewinn verzeichnen zu können, unterbunden werden. Und solange Aktionär*innen den Gewinn einstreifen, wird auch nie genug Geld bei den tatsächlich arbeitenden Menschen landen. In den nächsten Jahren benötigt es darum Streiks gegen Kürzungen – aber auch einen Kampf um einen Systemwandel wie Vergesellschaftung unter Kontrolle von Gremien aus den im jeweiligen Sektor Beschäftigten.

KV-Verhandlungen sind politisch!

von Jan Millonig

Arbeitnehmer*innen müssen mit Sorge auf die Herbstlohnrunde schauen. Die Zeichen stehen auf Verschärfung der Krise. Bürgerliche schreien schon von den Dächern, wie sie mit der Krise umgehen wollen: Lohnkürzungen und Sparpakete sowie Angriffe auf Arbeitslose und Teilzeitbeschäftigte – ganz zu schweigen von der Aufgabe aller Versuche, ökologisch notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Doch das wird nicht nur Hunderttausenden das Leben noch schwerer machen, sondern es wird die verschiedenen Krisen weiter verschlimmern. Bei so einer Bedrohungslage darf sich die Gewerkschaftsführung nicht auf den Kampf um ein paar Prozente bei Lohnerhöhungen zurückziehen und bei drohenden Insolvenzen sogar darauf verzichten, sondern muss in die Offensive gehen, um uns wieder zurückzuholen, was uns zusteht.

Wenn wir jetzt kein ordentliches Plus erreichen, bleiben wir auf den Verlusten durch die Teuerung sitzen. Wenn wir jetzt nichts gegen Burn-out im Sozial- und Bildungsbereich unternehmen, also für ordentliche Einkommen, Arbeitszeitverkürzung und mehr Ressourcen kämpfen (siehe Seite 6), wird es zum Kollaps kommen. Wenn wir nicht verhindern, dass weiter bei Kinderbetreuung gespart wird, werden noch mehr Frauen in Abhängigkeit und Armut rutschen. Wenn wir jetzt nicht für eine ökologische Transformation von Wirtschaft und Verkehrswesen kämpfen, werden die klimatischen Folgen verheerend für uns alle sein. Gerade jetzt darf die Gewerkschaftsbewegung nicht kürzer treten, sondern muss für unser aller Interesse kämpfen – für ein Leben mit einem Einkommen, das mehr als nur zum Überleben reicht, mit einem sicheren und guten Arbeitsplatz, einem funktionierenden Gesundheits- und Bildungssystem, aber auch mit Mobilität, Kinderbetreuung und Wohnraum, um allen ein selbstbestimmtes Leben zu garantieren.

Kampf für Löhne, Arbeits- und Lebensbedingungen

Das alles ist im Interesse von Arbeitnehmer*innen bzw. der Arbeiter*innenklasse insgesamt und es ist deshalb Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, diese Kämpfe zu führen und zu verbinden. Traditionell aktivieren die Gewerkschaften ihre Mitglieder im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen (im Herbst und Frühjahr). Das ist der beste Zeitpunkt, um alle Probleme, die es in den verschiedenen Bereichen gibt, zu thematisieren und substanzielle Forderungen dafür aufzustellen. Die KV-Verhandlungen müssen zum politischen Kampf für ein gutes Leben für uns alle werden – und dazu gehören Einkommen, aber auch gute Arbeits- und Lebensbedingungen. „Für alle“ bedeutet auch: migrantisierte Kolleg*innen, Frauen und queere Menschen dürfen nicht weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Die KV-Verhandlungen werden sich mit der Bildung der neuen Regierung überschneiden – und wir dürfen uns keine Illusionen machen: Die kapitalistische Krise, der Wettbewerbs- und Profitdruck wird sie zu Kürzungen zwingen. Die klassische Strategie der ÖGB-Führung, einfach auf eine SPÖ-geführte Regierung zu warten, die dann alles besser machen soll, ist nicht nur realitätsfern, sondern führt auch zu unserer weiteren Entwaffnung. Neben der anhaltenden Teuerung erleben wir eine breite Welle an Arbeitsplatzabbau und Insolvenzen in Industrie und Handel. Die Herbstlohnrunde wird deshalb auch stark vom Kampf gegen Arbeitsplatzabbau geprägt sein. Hier muss der ÖGB mehr bieten, als nur Sozialpläne zu unterschreiben. Wenn Abbau- oder Umstrukturierungspläne drohen, muss so viel Druck aufgebaut werden, bis sie zurückgezogen werden – bis hin zur Übernahme der Betriebe unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und der Gesellschaft.

Das ist absolut machbar: 2019 kämpften die Arbeiter*innen der Harland & Wolff-Werft in Nordirland so lange gegen die Schließung, bis diese erhalten blieb – die Gewerkschaften dort forderten nicht nur die Wiederverstaatlichung, sondern auch den Umstieg auf die Herstellung von Windrädern – so geht Arbeitsplatzzerhalt und ökologische Wende!

Wir sagen:

- » Keine Orientierung an der Rettung der Profite der Unternehmen – Reallohnverluste von Teuerung wieder reinholen!
- » Alle Arbeitsplätze verteidigen! Vermögen und Profite in gute Jobs investieren statt in private Taschen
- » Ausbau und massive Aufwertung der Arbeit im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich – für die Beschäftigten und uns alle!
- » Forderungen nach mehr Budget für Bildung, Soziales und Klima – Nein zu jedem Sparpaket!
- » Kompromissloser Kampf gegen jede rassistische, sexistische und queergefeindliche Diskriminierung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft – Gewerkschaften müssen die Rechte von besonders unterdrückten Gruppen am vehementesten verteidigen!
- » Mobilisierung und Aufbau einer Bewegung von unten – ausgehend von Betrieben und demokratisch organisiert, statt Stellvertreter*innenpolitik!
- » Streiks als Mittel, um wirklich Druck auf die Bosse und Regierung aufzubauen – auch um politische und gesellschaftliche Verbesserungen (Soziales, Klima usw.) zu erreichen!



Tschuuu-tschuuu, es fährt ein Zug

von Maurice Skukalek

Alle Jahre wieder versucht jemand aus dem ÖBB-Management, die Eisenbahn neu zu erfinden. Seit Anfang dieses Jahres will die Rail Cargo Group (RCG) billiger und somit attraktiver für Kund*innen im Gütersektor werden. Das soll mithilfe einer neuen Firma namens OneRU passieren. Leasinglokführer*innen aus dem nahen Ausland sollen mit eigenen und fremden Lokomotiven profitable Güterzüge durch Österreich fahren. Der Gütermarkt in Europa ist heiß umkämpft und die ÖBB verlieren immer mehr den Anschluss an private Güterzug-Anbieter. Doch nicht nur den ÖBB geht es so. Auch die DB erwägt, den Gütersektor komplett "der Privatwirtschaft" zu überlassen.

Die Probleme bei den ÖBB sind jedoch hausgemacht. Jahrelang wurde verschlafen, genug Personal auszubilden, das sorgt heute für eine nie dagewesene Personalnot. Dazu kommen Missmanagement, Werkstätten- und Standortschließungen sowie falsche Entscheidungen beim Fahrzeugkauf.

Die Beschäftigten werden nun also in einen Machtkampf innerhalb der ÖBB, aber auch in den Kampf am kapitalistischen Gütermarkt gezogen. Das hat zur Folge, dass es durch das Wegfallen von Zügen zu Stellenkürzungen in Wien Zentralverschiebebahnhof, Wien Stadlau und Hohenau gekommen ist.

Seitens der Gewerkschaft kam es zu Betriebsversammlungen und auch die Streikfreigabe wurde schon vom ÖGB erteilt. Auf meine Frage hin, ob es nicht klug wäre, diesen Streik auch für die Lohnverhandlungen im Herbst zu verwenden, kam vom Betriebsrat nur die Antwort: *"Das sind zwei komplett unterschiedliche Dinge und man kann das deshalb auch nicht verbinden."*

Weiter ist es auch noch unklar, ob die gesamten ÖBB bestreikt werden, oder nur der Güterverkehr, da der Streit ja mit der RCG besteht. Die Gewerkschaft ist also wieder mal in einer abwartenden Position.

Wofür wir kämpfen müssen

Was wir als Beschäftigte bei den ÖBB aber brauchen, ist eine kämpferische Gewerkschaft, die von der Basis aus organisiert ist und keine

Kompromisse mehr eingeht. Es muss gegen die weitere Zersplitterung der Beschäftigten bei den ÖBB gekämpft werden: gegen das Leasing und das damit verbundene Lohndumping bei Kolleg*innen aus dem Ausland hin zu einer wirklichen Staatsbahn, in den Händen von Arbeiter*innen. Keine zerteilte Eisenbahn, in der Manager*innen sich mit Steuergeld untereinander bekriegen und selbstverwirklichen können.

Wir brauchen eine Gewerkschaft, die Lohnerhöhungen über die Inflationsanpassung hinaus erkämpft, einen höheren Grundlohn einfordert, weg von dem Bezahlung-nach-Leistung System, das bei den ÖBB herrscht. Wir brauchen keine Einmalzahlungen, wir brauchen eine 30-Stunden-Woche, genug Personal und störungsfreie sowie zeitgemäße Fahrzeuge!

Die ÖBB sind schon lange kein staatliches Vorzeigeunternehmen mehr. In den letzten Jahrzehnten wurden immer größere Teile privatisiert. Die Teile, die in öffentlicher Hand blieben, wurden ebenfalls nach privatwirtschaftlichen Profit-Prinzipien umgebaut. Das bedeutete Stellenabbau und schlechtere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte, und höhere Preise und schlechtere Qualität für Kund*innen.

Die letzten KV-Verhandlungen fanden 2022 statt. Es gab zwar einen Streik, doch dieser war bürokratisch von oben ausgerufen und gleich wieder abgedreht. Das Ergebnis war ein schlechter Kompromiss auf zwei Jahre – umso wichtiger ist es, dass es bei den kommenden Verhandlungen zu einer kämpferischen Bewegung von unten kommt, die alle Missstände im Bahnwesen aufgreift.

Info



Sozialbereich & Pflege: Kämpferische KV-Kampagne jetzt starten!

von Michael Gehmacher,
Betriebsrat beim Samariterbund-
Wohnen und Soziales Wien

Was braucht es für erfolgreiche Lohn- und Gehaltsverhandlungen im Sozialbereich und in der privaten Pflege? Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen kann auch ohne die berühmte „Kristallkugel“ gesagt werden, dass Streiks und andere kämpferische Maßnahmen notwendig sein werden, wenn dringend nötige Verbesserungen durchgesetzt werden sollen. Und es braucht Gewerkschaften, die eine echte Verbesserung in der Branche wollen. Viele Gewerkschafter*innen, Betriebsrät*innen und Gewerkschaftsmitglieder an der Basis wollen das. Sie wollen höhere Einkommen und Maßnahmen gegen die krankmachenden Arbeitsbedingungen (z.B. Unterbesetzung). Die Umsetzung eines Kurses, der sich an diesen und ähnlichen sozialen Interessen der Kolleg*innen orientiert, muss auch innerhalb der zuständigen Gewerkschaften erkämpft werden.

Kolleg*innen ab dem ersten Tag einbinden!

Im Oktober beginnen die Verhandlungen zu den Kollektivverträgen für Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ) Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz usw. Sehr vielen Kolleg*innen ist bewusst, dass sie aktiv werden müssen. Einige Kolleg*innen wünschen sich bereits eine Aktion zur Übergabe der Forderungen für den SWÖ-KV am 1.10.2024.

Größere Aktionen und Streiks während der Verhandlungen brauchen im Sozialbereich und in der Pflege meistens eine gewisse Vorlaufzeit. Wir arbeiten mit Menschen, zurecht wollen viele Kolleg*innen die Menschen, die sie betreuen oder pflegen, nicht von heute auf morgen mit den negativen Auswirkungen eines Streiks konfrontieren. Dazu kommt: Die Branche ist sehr kleinteilig strukturiert, neben einigen Großbetrieben gibt es unzählige kleine Firmen. Große Belegschaften sind häufig auf viele Dienststellen verteilt – was Streiks oft schwieriger macht. Es gibt unterschiedliche Geldgeber und Finanzierungsformen, viele Projekte sind befristet und manche Jobs daher sehr unsicher. Die Arbeit und Dienstleistungen sind oft sehr unterschiedlich. Ein Streik in einer großen Obdachloseneinrichtung sieht anders aus als in der Pflege oder einer Frauenberatungsstelle. Es stärkt den Arbeitskampf, wenn die betroffenen Bewohner*innen, Klient*innen und Angehörige von Anfang an informiert und eingebunden werden.

Burn-Out mit Arbeitszeitverkürzung bekämpfen!

Eine aktuelle Studie im Auftrag der IG

„work@social“ (eine Untergliederung der Gewerkschaft GPA) zeigt, dass sich die Situation dramatisch verschlechtert hat. Von knapp 1.300 Kolleg*innen gab mehr als die Hälfte an, durch emotionale Erschöpfung stark belastet zu sein. Bei derselben Studie 2008 waren es weniger als die Hälfte. Die Studie geht davon aus, dass ein Drittel der Kolleg*innen akut Burnout gefährdet ist. Ein besonderes Problem dabei: Kolleg*innen lösen das Problem individuell durch Teilzeit. So meint eine teilnehmende Kollegin: *„Für meine Pension ist es vermutlich nicht vorteilhaft, in Teilzeit zu arbeiten, aber es ist für mich, für meine Kraft und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf am besten. Ich hoffe, dass ich nicht in Altersarmut falle.“*

Ein Satz, der wachrütteln sollte. Die Spitzen von GPA und VIDA müssen bei diesen KV-Verhandlungen auch bereit sein, eine echte Arbeitszeitverkürzung ohne Gehaltsverschlechterungen und mit einem Personalausgleich zu erkämpfen. An der Basis sind genug Kolleg*innen dazu bereit. Als kämpferische Basisinitiative lädt „Sozial, aber nicht blöd“ alle Kolleg*innen ein, gemeinsam auf der Straße, im Betrieb und innerhalb der Gewerkschaften Druck für echte Verbesserungen zu machen.

Sag's dem Michi!

Beim SWÖ-KV verhandelt der Bundesausschuss des zuständigen GPA-Wirtschaftsbereichs (WB17) und ein Verhandlungsteam der Gewerkschaft VIDA. Letztes Jahr hat der „Gewerkschaftliche Linksblock“ (GLB)

den ISA-Aktivistin Michael Gehmacher in dieses Gremium entsandt. Wenn Du ein Anliegen für Sozialbereich und Pflege hast, schreib an:
michael.gehmacher@gmx.at.

Mit Marx und ROSA im Park

Schon seit einigen Jahren organisieren wir im Sommer in Wien unsere Veranstaltungsreihe "Marx im Park". Im Freien und in lockerer Atmosphäre diskutieren wir aktuelle Entwicklungen wie den Sieg der "Neuen Volksfront" gegen die Rechten in Frankreich, aber auch historische und theoretische Themen, die für heutige Kämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung relevant sind. So beschäftigten wir uns etwa mit der Geschichte des Kampfes gegen den Faschismus – und welche Lehren wir daraus für heute ziehen können. Ebenso widmeten wir uns der Frage, wie wir als revolutionäre Sozialist*innen zu Wahlen im Kapitalismus stehen – in einer spannenden Diskussion entwickelten wir unsere Taktik, diesmal zur Wahl der KPÖ aufzurufen, aber gleichzeitig einen Fokus auf betriebliche Kämpfe und soziale Bewegungen aufrechtzuerhalten. Diesen Sommer gab es auch

extra "ROSA im Park"-Events. Hierbei rückten wir Fragen von spezifischer Unterdrückung – etwa mit einer Diskussion zur marxistischen Perspektive auf die Geschichte und das Wesen von Rassismus.

Besonders inspirierend war, dass die Inputs und Referate vor allem von jungen und neuen Aktivist*innen kamen. Sie konnten sich so nicht nur selbst wichtiges Grundwissen aneignen und weitergeben, sondern brachten auch neue, wichtige Perspektiven ein, von denen gerade auch erfahrene Aktivist*innen etwas lernen konnten. Auch Gäste brachten wichtige Anstöße: So

kam etwa eine palästinensische Aktivistin zu unserer Diskussion über das Blutbad in Gaza und unsere Vorschläge für die Solidaritätsbewegung. Sie tauschte sich intensiv mit unserer Aktivistin mit israelisch-jüdischem Hintergrund aus, welche das Referat gehalten hatte – die internationalistische Solidarität wurde so praktisch erfahrbar.

Im Herbst steht nun wieder der Übergang zu unseren Wiener Ortsgruppentreffen auf dem Plan. Gestärkt durch die politischen Diskussionen und durch neue Mitglieder wollen wir auch eine neue Ortsgruppe in Wien Favoriten im Laufe des Herbstes aufbauen – sei dabei!

ISA in Aktion



ISA & ROSA Sommercamp

Auch dieses Jahr trafen sich mehr als 40 Aktivist*innen – darunter Gäste aus Irland, Belgien und Deutschland sowie Aktivist*innen aus der Gaza-Solidaritätsbewegung in Österreich – am idyllischen Sablatniksee in Kärnten/Koroška, um dort eine Woche lang politische Workshops und Diskussionen zu führen. Auch für Kinder gab es jeden Tag Programm, von Schnitzeljagd bis Kinderdisco.

Auf dem Camp ist können wir uns als Organisation die Zeit nehmen, politische Diskussionen ausführlicher und in angenehmer Umgebung zu führen und Sympathisant*innen die Möglichkeit zu geben, unsere Arbeit genauer kennenzulernen und mitzumachen. Dabei ging es um aktuelle internationale Bewegungen wie die Proteste gegen das genozidalen

Blutbad in Gaza oder die jüngsten feministischen Streiks, Arbeitskämpfe in verschiedenen Branchen oder um die Frage, was revolutionäre Politik ist.

Im Hinblick auf den Herbst haben wir unsere Kampagnen vorbereitet, wie z.B. Interventionen bei den KV-Verhandlungen, den notwendigen Kämpfen im privaten Sozial- und Pflegebereich, Widerstand gegen Rassismus und Rechts sowie den Kampf gegen geschlechterspezifische Gewalt und Queerfeindlichkeit.

Mit dem Wetter hatten wir auch Glück – so zeigte Rudi, seines Zeichens KPÖ-Gemeinderat in der Steiermark und Nebenjob-Hausmeister vom „Kinderland-Feriendorf“, in den Himmel und meinte: „Der da oben muas a Kommunist sei.“



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 325 | 09/2024

SCHWERPUNKT

ISA
INTERNATIONAL-SOZIALIST ALTERNATIVE



KPÖ WÄHLEN – AKTIVEN WIDERSTAND GEGEN RECHTSRUCK AUFBAUEN!

von der VORWÄRTS-Redaktion

In diesem VORWÄRTS-Schwerpunkt analysieren wir die Ausgangssituation vor den Nationalratswahlen, die Gründe für den Rechtsruck des politischen Establishments und die Chancen und Gefahren für die Linke. Wir sehen dies als Beitrag zu einer Diskussion, die keineswegs mit dem Wahltag aufhören sollte, sondern für den Widerstand gegen die kommende Regierung und den Kampf für soziale Verbesserungen und gegen Diskriminierung und Unterdrückung gerade auch nach den Wahlen von zentraler Bedeutung ist.

Kapitalistische Dauerkrise

Die Nationalratswahlen im Herbst finden vor dem Hintergrund immer tiefer werdender Krisen des gesamten kapitalistischen Systems statt, die auch Österreich immer stärker

mitnehmen. Das erkennt auch die Industriellenvereinigung (IV) – der Zusammenschluss der wichtigsten und aggressivsten Großkapitalist*innen in Österreich. Sie fordert traditionell vor jeder Wahl von der kommenden Regierung Geschenke an Konzerne und Reiche und warnt davor, den “Wirtschaftsstandort” durch höhere Löhne und Sozialleistungen zu “schwächen”. Doch dieses Mal geht es um mehr. Das liegt zum einen daran, dass die österreichische Industrie nun bereits im dritten Jahr einer Rezession steckt. Noch schwerer wiegt aber, “dass das seit den 50er-Jahren des vorigen Jahrhunderts zu beobachtende konjunkturelle Erholungsmuster sich in diesem Zyklus erstmals nicht wiederholen könnte”, wie die IV korrekterweise analysiert. Denn: “Ausnahmslos jeder Aufschwung in Österreich setzte während des letzten Dreivierteljahrhunderts mit einem

außenwirtschaftlichen Impuls ein.” Und davon ist weit und breit nichts zu sehen. Im Gegenteil: die kapitalistischen Vielfachkrisen – von Klima über Kriege bis zu anhaltend niedriger Profitabilität – sorgen dafür, dass der Welthandel stagniert, 2023 brach er sogar um 5% ein. Exportabhängige Wirtschaften wie Österreich trifft das doppelt schwer.

Ohne wirtschaftliche Starthilfe von außen pocht das Kapital auf Geld vom Staat – also Milliardenengeschenke an Banken & Konzerne. Um das zu finanzieren fordert der Fiskalrat von der nächsten Regierung ein sofortiges Kürzungspaket, das vor allem den Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich sowie die Pensionen treffen soll.

Die nächste Regierung – egal, welche Farben sie trägt – wird sich diesen Forderungen nicht entziehen können. Das zeigt sich schon im Wahlkampf: Es war bemerkenswert, wie sehr Kickl

beim ORF-Sommergespräch die FPÖ als Partei des Kapitals positioniert hat. Er übernahm die Forderungen von IV und Fiskalrat und pochte auf Steuer-senkungen für die Reichen. Das war nicht nur ein Signal an ÖVP-Wähler*innenschichten, sondern vor allem an das Kapital: Kickl will den Herrschenden in den Chefetagen und Aufsichtsräten versichern, dass sie keine Angst um ihre Profite wegen einer instabilen und außenpolitisch unzuverlässigen FPÖ-Regierung haben müssen – ganz im Gegenteil, die FPÖ würde ihre Forderung am schnellsten und brutalsten umsetzen.

Dennoch ist zu erwarten, dass diese unmissverständliche Ansage der FPÖ kaum Stimmen von jenen kosten wird, die keine Millionen am Konto haben. Alle Umfragen deuten darauf hin, dass sie wie bei den EU-Wahlen auf Platz 1 landen wird. Wie kann das sein?

Der Mainstream fließt nach rechts

Die beschriebenen vielfachen Krisen des Kapitalismus haben nachhaltige Auswirkungen auf immer mehr Menschen in Österreich, die sich enttäuscht von dem politischen Establishment abwenden. Die Regierenden (egal ob ÖVP, Grüne im Bund oder SPÖ, FPÖ, Neos in den Ländern) haben keine Antworten auf Teuerung, Pflegekrise und Co. Das alles führt zu einer wachsenden Krise des gesamten politischen Establishments: Laut allen Umfragen kommen die etablierten "Großparteien" nicht mal gemeinsam auf eine Mehrheit, auch die Anzahl an Kleinparteien zeigt diese Abwendung vom politischen Establishment.

Vor diesem Hintergrund müssen die Herrschenden dringend wieder Zustimmung zu ihrem System und ihrer Politik organisieren. Ohne eigene Glaubwürdigkeit und ohne die Fähigkeit (oder auch nur den Willen), die Lebensumstände der Bevölkerung substanziell zu verbessern, funktioniert dies nur über "Teile-und-Herrsche"-Politik – insbesondere über Rassismus. Sämtliche etablierte Parteien sind in dieser Hinsicht so weit nach rechts gegangen, dass die FPÖ sich gar nicht mehr wirklich bemühen muss: Die Erfahrung zeigt, dass ihre

rassistischen Forderungen sich mit kurzer Verzögerung auch bei der ÖVP, und nach einer weiteren kurzen Verzögerung auch bei der SPÖ wiederfinden – wie etwa jene nach Asylzentren an den EU-Außengrenzen. Unter der Krise des politischen Establishments leidet die FPÖ also auch deshalb am wenigsten, weil sie das "Original" jener Politik darstellt, welche die anderen Parteien zu kopieren versuchen.

Nach unten treten oder nach oben schlagen?

Die FPÖ bietet Rassismus und Nationalismus nicht nur als Stützen für die Herrschenden an, sondern gleichzeitig als reaktionäre Pseudo-Alternative zu den Auswüchsen des Krisenkapitalismus – ohne ihn selbst in Frage zu stellen. Die Logik dieser niederträchtigen Politik hat der marxistische Revolutionär Leo Trotzki bereits vor 90 Jahren beschrieben: "Was wäre zu tun, damit alles besser werde? Vor allem die niederdrücken, die unten sind." Jede Wahlanalyse zeigt, dass FPÖ-Wähler*innen am unzufriedensten sind. Doch diese Unzufriedenheit wird durch die Unterstützung der FPÖ als Pseudo-Protest neutralisiert: So muss man sich nicht organisieren und dafür kämpfen, dass es für eine*n selbst besser wird – die FPÖ soll nur dafür sorgen, dass es für die anderen noch schlechter wird.

So eine Politik findet nur Unterstützung, wenn es kaum Erfahrungen damit gibt, sich tatsächlich selbst für die eigenen Interessen und soziale Verbesserungen zu organisieren und zu kämpfen – etwa durch Streiks. Deswegen ging in den letzten 30 Jahren der Aufstieg der FPÖ mit dem Niedergang der Gewerkschaftsbewegung und einer historisch niedrigen Zahl an Streiks einher. Deswegen ist die Empörung über angeblichen "Sozialmissbrauch" von Migrant*innen bei vielen größer als jene über die zig Millionen an Steuergeschenken an den Porsche & Piëch-Clan.

Eine linke Antwort darauf kann sich nicht darauf beschränken, nicht-rassistische und bessere Sozialpolitik als die Rechten zu machen. Es ist gut und wichtig, Vermögens- und

Erbschaftssteuern zu fordern, sowie höhere Löhne und mehr leistbaren Wohnraum für alle. Es ist notwendig, zu betonen, dass das Geld für Gesundheit, Pflege, Soziales und Bildung nicht bei Geflüchteten zu holen ist, sondern bei den Superreichen. Aber all das ist nicht genug. Eine linke Alternative aufzuzeigen heißt vor allem, eine Perspektive zu geben, wie echte Verbesserungen durch Organisierung von uns selbst erkämpft werden können. Klassenkämpfe und soziale Bewegungen sind nicht nur deswegen die effektivsten Mittel gegen Rassismus, Sexismus & Co, weil im gemeinsamen Kampf Vorurteile abgebaut werden können – sondern vor allem, weil sie zeigen, dass es möglich ist, durch die Rolle, die wir in der Gesellschaft als Arbeiter*innen haben, und die Stärke, die damit einhergeht, sich selbst auf die Beine zu stellen und nach oben zu schlagen statt nach unten zu treten.

Deswegen sieht die ISA ihre Aufgabe vor allem im Aufbau solcher Kämpfe und Bewegungen und betont in ihnen die Notwendigkeit, aus ihnen eine echte politische Alternative zu schaffen.

Linke in der Verantwortung

Als ISA rufen wir bei diesen Wahlen dazu auf, die KPÖ zu wählen. Ein Einzug der KPÖ wäre ein großer Erfolg für Linke, kämpferische Gewerkschafter*innen und Aktivist*innen in sozialen Bewegungen. Er würde Fragen von leistbarem Wohnen oder Reichtumsverteilung in gesellschaftlichen Debatten präsenter machen.



Eine Stimme für die SPÖ ist dagegen eine tatsächlich verlorene: Babler hat sämtliche linken Hoffnungen in ihn enttäuscht und sich völlig dem Parteiapparat unterworfen. Sein komplett inhaltsloser Wahlkampf, der nur mit "Herz & Hirn" wirbt, verdient weder unsere Herzen noch unsere Hirne. Egal, auf welchem Platz die SPÖ landet: Babler wird dem Druck nachgeben, eine "Anti-Kickl"-Koalition mit allen, die wollen, einzugehen (sollte die ÖVP sich nicht doch komplett der FPÖ unterwerfen). Eine solche Regierung wäre auch ohne FPÖ-Beteiligung eine der rechtsten und unsocialsten der Geschichte.

Gleichzeitig begeht die KPÖ den Fehler, zum Rassismus der FPÖ und der anderen Parteien, aber auch zu Fragen von Klima, Sexismus, Queerfeindlichkeit zu schweigen.

Schweiger wiegt, dass dies kein Versäumnis ist, sondern eine politische Strategie. So sollen potentielle Wähler*innen dadurch nicht "verschreckt" und sogar Stimmen von der FPÖ gewonnen werden (bisherige Wählerstromanalysen der KPÖ-Erfolge beweisen, dass das kaum eintrat). Doch dies stärkt nur den Rechtsruck: Die Angriffe auf die am unterdrücktesten Schichten bleiben somit unbeantwortet – und die Tür für Angriffe auf alle arbeitenden und armen Menschen geht weiter auf.

Diese Vogel-Strauß-Politik schadet der KPÖ und der Linken bereits jetzt: Hätte die KPÖ sich klar an die Seite der Bewegung gegen das genozidale Blutbad in Gaza gestellt und die rassistische Hetze gegen Muslime konsequent bekämpft – sie hätte

wertvolle Stimmen und noch wertvollere Aktivist*innen für sich gewinnen können und ein enorm wichtiges Zeichen gegen den Rechtsruck gesetzt. Sie tat es nicht. Als Konsequenz gibt es nun die "Liste Gaza", welche die berechtigte Wut über das Schweigen der österreichischen Politik (inklusive der KPÖ!) zu dem Blutbad zwar aufgreift – aber von Kräften angeführt wird, die z.T. katastrophale Positionen zu anderen Unterdrückungsformen wie Sexismus haben (wie Astrid Wagner, die Anwältin von Gewaltverbrechern an Frauen wie Unterweger und Fritzl) und die weder ein Programm für allgemeine soziale Verbesserungen noch für eine konkrete Strategie der Gaza-Bewegung haben. Die wirkliche "Liste Gaza" müsste die KPÖ sein, indem sie den Wahlkampf nutzt, um Forderungen nach einem Ende des Mordens und der Besatzung sowie der antimuslimischen Hetze aufstellt und konkrete Proteste mit den Aktivist*innen der Bewegung dafür organisiert.

Doch ein solches Vorgehen würde nicht nur eine programmatische und strategische Umorientierung der KPÖ erfordern, sondern einen Bruch mit ihrem bisherigen Konzept von Politik – denn dieses beschränkt sich darauf, im Rahmen bestehender Strukturen "für" Menschen Verbesserungen zu erreichen. Das ist an sich nicht falsch. Aber es ändert nichts an der Spaltung zwischen passiven Wähler*innen einerseits und aktiven Politiker*innen andererseits. Durch so eine Stellvertreter*innenpolitik wird das Grundproblem des Rechtsrucks – der Mangel an Selbstorganisation und sozialen sowie betrieblichen Kämpfen – nicht angerührt.

So radikal sein wie die Wirklichkeit

Dabei gibt es genügend Ansätze für eine solchermaßen aktivierende Politik: In den letzten Jahren wurde der Streik als Kampfform wiederentdeckt, vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich (u.a. SWÖ-KV) und dem Bildungssystem (Kindergärten), aber auch im Handel und sogar in so prekären Bereichen wie Lieferdiensten. Es gibt große Wut über den allgegenwärtigen Rassismus und Betroffene sind bereit, sich zu



Marx Aktuell:

Wahlen

Der Kapitalismus lässt sich nicht im Parlament abwählen. Dennoch sind Wahlen für Marxist*innen nicht unbedeutend. Eine Partei wie die KPÖ, als einzige antikapitalistische Kraft am Stimmzettel, kann eine wertvolle Gegenstimme im immer weiter nach rechts rutschenden politischen Diskurs sein. Denn auf die rassistische Hetze und Kürzungspolitik braucht es eine linke Antwort, die die Lügen von FPÖ und Co. aufdeckt und rassistische und sexistische Angriffe verhindert. Die Umsetzung von progressiven Reformen würde ebenso erleichtert werden. Doch hier sind die Grenzen des Parlamentarismus auch schon erreicht.

Die alte Debatte, dass Reformismus uns nicht zum revolutionären Umsturz bringt, führte schon Rosa Luxemburg vor 120 Jahren gegen die Führung der Sozialdemokratie. Sie leugnete nicht den Nutzen parlamentarischer Opposition – aber sie stellte sich klar gegen Regierungs-Illusionen: „In die Volksvertretung treten die Sozialisten ein, um die bürgerliche Klassenherrschaft zu bekämpfen, in die bürgerliche Regierung – um die Verantwortlichkeit für die Akte dieser Klassenherrschaft auf sich zu laden.“

Die unlösbaren Widersprüche im Kapitalismus machen es unmöglich, echte Verbesserungen für die Arbeiter*innenklasse zu erzielen. Das reformistische Limit wird in Zeiten der Krise besonders klar: Der Spielraum für Reformen wird immer kleiner und selbst kleine Schritte vorwärts erfordern die Bereitschaft, komplett mit dem System zu brechen – andernfalls rettet man es auf dem Rücken der Arbeiter*innenklasse, z.B. durch Budgetkürzungen. Am allermeisten betrifft dies Arbeitslose, Migrant*innen und Frauen.

Den Kapitalismus stellvertretend von oben abzuschaffen wäre gar nicht möglich, denn nur die Massen selbst können sich befreien und eine Gesellschaft nach ihren Bedürfnissen aufbauen. Die Organisation der Massen, der Aufbau von Streikkomitees am Arbeitsplatz und der Kampf auf der Straße sind die effektivsten Mittel zum Erfolg. Revolutionär*innen können Parlamente jedoch als Bühne nützen sowie als Sprachrohre von Kämpfen und Bewegungen agieren und sie so stärken – wie unsere Schwesterorganisation Socialist Party in Irland.

wehren – das war ein wichtiger Aspekt der Gaza-Solidaritätsbewegung. Bereits seit Jahren wächst das Bewusstsein für Fragen von Sexismus und Gewalt gegen Frauen und queere Personen stark an, was sich in den kämpferischen Protesten gegen Femizide ausdrückt. Hunderttausende Jugendliche haben sich über die Klimakrise politisiert und Schulen bestreikt. Eine wirkliche Alternative zur herrschenden Politik kann nur aus der Stärkung und Zusammenführung dieser Ansätze und dem Aufbau von aktiven und kämpferischen Strukturen in solchen sozialen Kämpfen entstehen.

Das Beispiel zeigt, wie eng der Spielraum für Reformpolitik in Zeiten der kapitalistischen Krise ist – und die hat sich seitdem nur noch verschärft. Und es zeigt, dass selbst Verbesserungen im Hier und Jetzt nur dann wirklich erreicht und abgesichert werden können, wenn wir bereit sind, den wirtschaftlichen und politischen Rahmen dieses verrottenden Systems zu sprengen – das gilt vom kommunalen Wohnbau bis zur Klimakrise. Das bedeutet auch, eine wirkliche Systemalternative zu den Pseudo-Antworten der Rechten zu formulieren: Der Kapitalismus hat uns nichts zu bieten

Hier gab es in den letzten Jahren immer wieder Streiks, auch dank der Arbeit von Basisinitiativen wie “Sozial, aber nicht blöd”. Eine erfolgreiche Streikbewegung im Sozialbereich wäre der perfekte Auftakt für den Widerstand gegen die neue Regierung, gerade auch weil genau hier weitere Kürzungen zu erwarten sind. Gleichzeitig planen wir mit unserer Initiative ROSA eine Kampagne hin zum 25.11. – dem internationalen Tag gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Eine breite, sichtbare und aktivierende Kampagne sowie starke Mobilisierung an diesem Tag wäre ein



Nur so kann auch verhindert werden, dass sich eine parlamentarische Linke den “Sachzwängen” des Systems anpasst und selbst zur Vollstreckerin kapitalistischer Kürzungspolitik und Diskriminierung wird. Denn dies ist bei allen größeren internationalen linken Projekten der letzten 15 Jahre passiert. Am deutlichsten war das katastrophale Scheitern der linken SYRIZA-Regierung in Griechenland: Um auch nur beschränkte soziale Verbesserungen durchzusetzen, hätte sie sich konsequent gegen die systematische Erpressung der EU und der Banken & Konzerne stellen müssen. Die Massen hätten sie bei so einem Bruch mit der kapitalistischen Logik unterstützt, doch SYRIZA kapitulierte und führte unter der Knute des internationalen Kapitals das brutalste Kürzungsprogramm der griechischen Geschichte durch.

außer Krisen, Kriege, Ausbeutung und Unterdrückung. Es ist nicht nur möglich, sondern absolut und dringend notwendig, ihn zu stürzen und eine komplett andere Gesellschaft aufzubauen, in welcher nicht für Profite, sondern im Einklang mit den Bedürfnissen von Menschen und Umwelt demokratisch gewirtschaftet wird. Wir nennen eine solche Gesellschaft sozialistisch – aber wie immer man sie nennt: Lasst uns gemeinsam dafür auf allen Ebenen kämpfen.

Widerstands-Fahrplan für den Herbst

Konkret werden wir als ISA nicht nur im Wahlkampf aktiv sein, sondern bereiten uns z.B. auch für kämpferische Verhandlungen im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich vor:

wichtiger Schritt für die feministische Bewegung und würde mit einem klar antirassistischen Profil die Hetze der Herrschenden und Rechten kontern, welche Gewalt gegen Frauen als “importiertes” Problem darstellen wollen. Insbesondere im Fall einer neuen blau-schwarzen Regierung wird es notwendig sein, eine gemeinsame Widerstandskonferenz zu organisieren, um dem Widerstand Programm, Perspektive und Strukturen zu geben – das reicht von der Selbstorganisation von Rassismus Betroffener bis zur Möglichkeit eines politischen Streiks bei den kommenden KV-Verhandlungen bei der Bahn, der enorme Schlagkraft hätte. Es gibt also viel mehr zu tun als nur zu wählen – Werde mit uns aktiv!

2 Jahre “Frau, Leben, Freiheit”

von Andrea Gasperlmair

Am 16. September 2022 wurde die Kurdin Jina Mahsa Amini von der iranischen Sittenpolizei ermordet, nur weil sie angeblich ihr Kopftuch nicht richtig getragen hatte. Ihr Tod wurde zum Symbol der enormen Gewalt und Unterdrückung von Frauen im Iran und erweckte erneut die Wut auf das iranische Regime, worauf massenhaft Frauen und Jugendliche auf die Straße gingen und eine ganze Bewegung lostraten.

Der Kampf gegen die Kopftuchpflicht entwickelte sich schnell zu einem Kampf gegen das gesamte Regime. In den großen Städten gingen tausende Frauen aus Protest ohne Kopftuch aus dem Haus. Lehrer*innen solidarisierten sich mit ihren Schüler*innen, und Busfahrer*innen in Teheran machten klar, dass der Kampf um die Befreiung der Frau ein grundlegendes Kriterium für die Befreiung der gesamten Arbeiter*innenklasse ist. Denn die Proteste passierten zu einer Zeit, in der Armut und Arbeitslosigkeit wächst und viele sich einfache Lebensmittel nicht mehr leisten können. Auch die Streikenden in der Ölindustrie und vielen anderen Branchen solidarisierten sich mit der Bewegung und übernahmen Forderungen der Frauen, die in der Vergangenheit selbst von linken Kräften vernachlässigt wurden.

Repression führte zu Wut

Der damalige ultrakonservative Präsident Ebrahim Raisi und der gesamte Staatsapparat reagierten mit unermesslicher Gewalt und Repression auf die Proteste, vor allem in Gebieten wie Kurdistan, Sistan oder Belutschistan, in denen ethnische Minderheiten leben. Tausende Aktivist*innen, darunter viele Jugendliche, wurden verhaftet; unzählige Protestierende starben auf der Straße durch die Gewalt der Sittenpolizei. In den überfüllten Gefängnissen wurden Frauen und Mädchen vergewaltigt und gefoltert. Schulen und Universitäten waren wichtige Zentren der Proteste und Streiks, woraufhin sie immer mehr zum Ziel für staatliche Angriffe wurden. Ab Ende 2022 wurden z.B. gezielt junge Schülerinnen in



Hol dir die neueste Rosa-Broschüre über die Geschichte feministischer Kämpfe im Iran sowie unsere Broschüre “Aufstand im Iran: Echte Freiheit durch Sozialismus!”, in der wir zahlreiche politische Analysen und ein Programm für eine sozialistische Revolution im Iran dokumentieren!

Info

Mädchenschulen vergiftet. Ein weiteres Ziel von Verhaftungen waren die Gewerkschafter*innen der kämpferischen Branchen wie z.B. dem öffentlichen Verkehr, Bildungsbereich und in der Ölindustrie.

Diese Maßnahmen sind kein Zeichen der Stärke des Regimes, sondern zeugen in Wirklichkeit von großer Angst und Schwäche. Schon während der gestohlenen Revolution 1979 attackierten die konterrevolutionären Kräfte Arbeiter*innen- und Frauenorganisationen, um die Bewegung zu schwächen. Frauen übernahmen in der revolutionären Bewegung eine enorm wichtige Rolle in der Nachrichtenübermittlung und Organisation im ganzen Land. Das Regime weiß, dass die Massen im Land und vor allem Frauen die Macht haben, es zu stürzen.

Bewusstsein für neue Kämpfe

Viele waren durch die erneute gewaltvolle Repression des Regimes verängstigt und verzweifelt, und gleichzeitig brachte die “Frau, Leben, Freiheit”-Bewegung eine riesige Bewusstseinsveränderung in der Bevölkerung mit sich. Die Solidarität der Männer mit Frauen im Kampf um körperliche Autonomie und Emanzipation wäre angesichts eines Regimes, das von Frauenfeindlichkeit, religiösem Fanatismus und Konservatismus geprägt

ist, vor ein paar Jahren undenkbar gewesen. Eine breite Schicht von Arbeiter*innen hat realisiert, dass die Befreiung der Frau und der unterdrückten Minderheiten zentral für revolutionäre Veränderungen sind. Noch ist es nicht zu einem revolutionären Umsturz gekommen. Doch es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Widersprüche des Kapitalismus die nächste Krise hervorbringen, die erneut Massen auf die Straßen bringt. Ein Krieg zwischen Israel und dem Iran im Angesicht des genozidalen Blutbads an Palästinenser*innen ist eine mögliche nächste Eskalation. Viele Protestierende gegen das Massaker in Gaza wissen, dass die rechtsextreme israelische Regierung gestürzt werden muss, aber auch, dass reaktionäre islamistische Kräfte wie die Hamas oder das iranische Regime niemals für ein Ende der Unterdrückung von Palästinenser*innen sorgen werden. Nur eine linke, solidarische und internationalistische Bewegung der palästinensischen und israelischen Arbeiter*innenklasse gegen den israelischen Kapitalismus kann für eine echte Befreiung, ein Ende der Unterdrückung und Besatzung kämpfen. Ein drohender Krieg mit Israel könnte eine neue Antikriegsbewegung im Iran entfachen, die die Kämpfe von “Frau, Leben, Freiheit” weiterführt.



Der liberale Rassismus

von Sebastian Kugler

„Für mich sind das Gfraster“ – so sprach der Wiener Vizebürgermeister Wiederkehr (NEOS) im Sommer über migrantische Jugendliche in Arbeiter*innenbezirken. Rassist sei er aber keiner, er wohne doch selbst in der Nähe des Brunnenmarktes. Wiederkehr verkörpert den liberalen Rassismus, der sich durch die Politik- und Medienlandschaft diesseits von FPÖ und ÖVP zieht: Natürlich sei man gegen den offenen Rassismus der Rechten (außer in Koalitionen mit ihnen), aber man dürfe doch die Realität nicht ignorieren. Sagt man nichts zu den Problemen mit „denen“, stärke das nur die Rechten. Das ist nicht nur seit Jahrzehnten die (erfolglose) Strategie der SPÖ, wie ihr aktuelles Migrationspapier zeigt, das Asylanträge um 75% reduzieren will. Es steht auch in den Leitartikeln von Standard bis Falter, die so gerne in den Cafés am Brunnenmarkt gelesen werden – wo Immobilienhaie das gesamte Viertel längst für Erb- und Neureiche umgestaltet haben und die letzten Überreste migrantisch-proletarischer Anwohnerschaft nur geduldet werden, um das „exotische Flair“ sicherzustellen.

Der wirksamste Rassismus wird nicht von Klischee-FPÖlern rausgerüpelt. Er herrscht staatstragend in Institutionen wie der Wiener MA 35, die Antragsteller*innen für Aufenthaltstitel zu Bittsteller*innen herabwürdigen oder der Abschiebemaschinerie überlassen. In der Bildungspolitik werden

Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch dämonisiert und segregiert, während Wiederkehrs „Unterstützungspaket“ für Schulen keinen Euro für wirkliche Deutschförderung vorsieht. „Qualitätsmedien“ erwähnen die Herkunft eines Straftäters nur, wenn er keine österreichische Staatsbürgerschaft hat. Vermieter*innen und Bossen bevorzugen Bewerber*innen, deren Namen auf „-er“ enden und die kein Kopftuch tragen. Es waren die Grünen, die die Waffenverbotszone in Wien Favoriten angestoßen haben, durch die migrantische Anwohner*innen nun mit Drohnenüberwachung schikaniert werden. Und es ist nur eine weitere Spielart dieses Rassismus, wenn „Linke“ im Einklang mit der Staatsräson von FPÖ bis Grüne beim Anblick einer Palästinafahne reflexhaft „Antisemit!“ schreien – was tatsächlichen Antisemit*innen den Weg ebnet.

Teile und herrsche

Der liberale Rassismus und der Rechtsruck wurzeln in den Krisen des Kapitalismus, die auch Österreich betreffen. Migration ist die Folge von Kriegen, Umweltzerstörung und Ausbeutung im globalen Süden – und den imperialistischen Zentren fällt es immer schwerer, sich davon abzuschirmen. Gleichzeitig braucht der österreichische Kapitalismus Migration aufgrund seiner demografischen Struktur. Umso wichtiger ist es für die Herrschenden, den migrantisierten

Arbeiter*innen zu zeigen, dass sie bestenfalls geduldet sind: Steuern zahlen und Pensionen finanzieren – ja; demokratische Rechte – nein. In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Einwohner*innen ohne Wahlrecht auf 1,5 Millionen verdreifacht – in Wien dürfen 6 von 10 Arbeiter*innen in manuellen Berufen nicht wählen! So höhlt der systemische Rassismus selbst die grundlegendsten bürgerlichen Prinzipien aus. Geld – und sei es noch so wenig – ist im Kapitalismus die einzige Verkörperung von so etwas wie Freiheit, weil es seinem Wesen nach gegen alles getauscht werden kann; mit der geplanten „Bezahlkarte“ wird Asylwerber*innen auch noch dieser letzte Rest an Selbstbestimmung genommen, indem sie damit nur bestimmte Produkte kaufen dürfen. Wo bleibt der Aufschrei der Verteidiger*innen liberaler Werte?

Armut, Perspektivlosigkeit, rassistische Hürden in Alltag, Job und Staat: all das, was zu Gewalt und religiöser Radikalisierung führt – wovon jedoch wieder hauptsächlich migrantisierte Menschen betroffen sind! –, ist den Latte Macchiato-Rassist*innen egal. Eine wirkliche Bewegung gegen Rassismus muss diese systematischen Missstände angreifen und zentral von Betroffenen mitorganisiert werden. Die Streiks der Wiener Freizeitpädagogik*innen sind dafür ein inspirierendes Beispiel. Nur so können wir die rassistischen Gfraster – die rechtspopulistischen wie die liberalen – wirklich bekämpfen.

Indien: Massenproteste gegen Femizide

von Akiba,
Aktivistin von ISA und ROSA India

Der Vergewaltigungs- und Mordfall an Dr. Moumita Debnath hat die brutale Vergewaltigungskultur Indiens erneut ins globale Rampenlicht gerückt. Landesweit haben Proteste stattgefunden, die qualitativ einen Durchbruch im Kampf gegen sexuelle Gewalt darstellen. Millionen Menschen sind auf die Straßen gegangen: nicht nur in Westbengalen oder den großen Metropolen, sondern auch in kleinen Dörfern. Die Indian Medical Association organisierte einen 24-stündigen Streik, und die Bevölkerung ist nicht nur über die grausame Tat empört, sondern auch über die heuchlerische und repressive Reaktion der herrschenden Klasse.

Die Sicherheit von Dr. Debnath wurde durch Krankenhausverwaltung und Polizei auf verschiedene Weisen untergraben. Sie ruhte sich nach einer 36-Stunden-Schicht in einem leeren Besprechungszimmer aus, da es im Krankenhaus keine sicheren Räume für Ärzt*innen gibt. Einer ihrer Angreifer konnte aufgrund laxer Sicherheitsvorschriften das Gebäude betreten, Überwachungskameras waren nicht funktionsfähig. Medizinische Berichte legen nahe, dass sie von mehreren Männern angegriffen wurde. Das Krankenhaus erklärte den Tod vorschnell als Selbstmord, die Polizei sicherte den Tatort nicht, und Beweise wurden unter dem Vorwand von „Renovierungsarbeiten“ manipuliert.

Gewalt mit System

Die systematische Vertuschung und der Missbrauch durch mächtige Männer in der Wissenschaft spiegeln eine patriarchale Kultur wider, in der Frauen als persönliche Beute betrachtet werden. Die Polizei und das Justizsystem bieten keine Unterstützung, sondern schützen die Elite. Das sogenannte „Babu-System“ sorgt dafür, dass gefährliche Männer ungestraft bleiben, während Frauen und andere

vulnerable Gruppen unterdrückt und ausgebeutet werden.

Die patriarchale Vergewaltigungskultur ist allgegenwärtig: Frauen müssen sich ständig vor möglichen Bedrohungen schützen und werden dennoch Opfer sexistischer Kommentare, Belästigungen und Gewalt. Trotz all der Vorsichtsmaßnahmen bleibt die Angst, dass sie angegriffen werden könnten – und dass sie dann mit Victim-Blaming und frauenfeindlichen Rechtfertigungen konfrontiert werden. Die Medien tragen dazu bei,

Der indische Kapitalismus stützt sich nach wie vor auf das unterdrückerische **Kastensystem**.

„Dalit“ (auch „Scheduled Castes and Scheduled Tribes“ genannt) sind darin besonders stark diskriminierte Gruppen. Breite Schichten der Bevölkerung, die keiner höheren hinduistischen Kaste angehören, z.B. Dalits, Muslime

indem sie abscheuliche Verbrechen wie das in Kolkata als „mutmaßliche Vergewaltigung“ bezeichnen, obwohl die Autopsie klare Beweise für eine Gruppenvergewaltigung lieferte.

Die Vergewaltigungskultur ist ein Symptom des patriarchalen Systems, das alle Teile der Gesellschaft durchdringt. In Westbengalen galten Frauen lange als relativ sicher, doch die Realität widerspricht diesem Mythos. Gewalt gegen Frauen, insbesondere gegen Dalit- und Bahujan-Frauen, wird oft verschwiegen und nicht einmal in den Nachrichten erwähnt.

Gemeinsamer Kampf

Es reicht nicht aus, Frauen in „sichere“ Räume zu verbannen. Männer müssen sich aktiv gegen diese Kultur stellen, indem sie Verantwortung übernehmen und gegen patriarchale Strukturen

kämpfen. Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass das Patriarchat und sexuelle Gewalt Werkzeuge sind, um die Klassengesellschaft aufrechtzuerhalten. Nur durch die Abschaffung des Kapitalismus kann das Patriarchat überwunden werden.

ROSA India solidarisiert sich mit der Familie des Opfers und unterstützt Forderungen nach mehr Sicherheit und besseren Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern sowie der Entfernung von Missbrauchstätern aus öffentlichen Ämtern. Gleichzeitig

Info

und andere religiöse oder nationale Minderheiten, werden als **Bahujan** bezeichnet. Das Kastensystem bringt die Ideologie des **Kommunalismus** hervor, eine auf religiöse oder ethnische Identität begründete reaktionäre Politik, die von den Herrschenden befeuert wird und immer wieder zu Pogromen gegen Unterdrückte führt.

muss die Bewegung Spaltungen wie die zwischen Dalit- und Nicht-Dalit-Frauen überwinden und sich gegen Kastenideologie und Kommunalismus innerhalb der eigenen Reihen stellen.

Nur eine organisierte, nachhaltige Bewegung, die sexuelle Gewalt auf allen gesellschaftlichen Ebenen bekämpft, kann langfristig Veränderungen bewirken. Ärzt*innen, Studierende und die gesamte Arbeiter*innenklasse müssen zusammenstehen. Solidaritätsstreiks und Universitätsbesetzungen sind notwendig, bis die Sicherheit der Frauen gewährleistet ist. Der Kapitalismus, der Frauenkörper kommerzialisiert und ihre Arbeit ausbeutet, muss beseitigt werden, um eine Welt zu schaffen, in der Frauen ohne Angst leben können

Der Text wurde für den Druck gekürzt – vollständige Version auf slp.at



„Nous toutes“ – Wir alle gegen rechte Politik

von Christian Steiner

Bei den Europawahlen 2024 in Frankreich verlor Präsident Macron massiv, während der rechtsextreme Rassemblement National (RN) klar an der Spitze lag. Der Aufstieg des RN wurde begleitet von LGBTQIA+ Hetze, Rassismus und Gewalt – in den vergangenen Jahren wurde das jedoch von Politik und Medien ignoriert und stattdessen die Gefahr, die vom RN ausgeht, kleingeredet. Das hat den RN erst salonfähig gemacht. Die Niederlage war Anlass für Macron, Neuwahlen anzuordnen – innerhalb des gesetzlichen Minimums von 20 Tagen. Das geschah in der Hoffnung, die Linke auf dem falschen Fuß zu erwischen.

Doch sofort nach Bekanntgabe der Neuwahlen gründete sich „La Nouvel Front Populaire“ (NFP), ein breit aufgestelltes linkes Wahlbündnis. Dies geschah vor allem durch den Druck von sozialen Bewegungen, als Anfang Juni tausende Menschen gegen den Aufstieg der extremen Rechten protestieren und eine Politik einforderten, die für Arbeiter*Innen, die Jugend und die Unterdrückten einsteht.

Von Macron und dem Medienimperium des RN-Unterstützers Bolloré wurden das Programm der NFP und auch einzelne Parteien wie La France Insoumise (LFI) von Mélenchon heftig attackiert. Vor den Wahlen fanden bereits Treffen zwischen Macronist*innen und RN-Politiker*innen wie Le Pen statt – mutmaßlich, um sich auszumachen, wie es nach einem Sieg des RN weitergehen soll.

Die Mobilisierung im Vorfeld der Wahlen, vor allem getragen von der

Jugend, richtete sich gegen den RN und auch gegen die „Macronie“, die dem RN mit ihrer autoritären, anti-sozialen Politik den Weg geebnet hat. Bis zu 650.000 Demonstrant*innen in fast 200 Städten gingen auf die Straßen, aufgerufen und unterstützt von Gewerkschaften, linken Parteien und feministischen Organisationen – dabei wurden Unis besetzt, Versammlungen einberufen und Streiks abgehalten.

Um Wahlsiege von RN-Kandidat*innen zu verhindern, zog die NFP-Führung in Wahlbezirken, wo nach der ersten Runde Macronist*innen auf Platz 2 und sie auf Platz 3 lagen, eigene Kandidaturen zurück – aber umgekehrt geschah das kaum. Dabei wurde beispielsweise dem ehemaligen Innenminister Gérald Darmanin, der unter der Macronie den Erfolg des RN zu verantworten hatte, Platz gemacht. Dadurch verspielte die NFP große Chancen, mehr Stimmen zu erhalten – und diese Taktik führte zu großem Misstrauen gegenüber der Linken bei Menschen, die von Macrons Politik genug haben. Man kann die extreme Rechte nicht mit denjenigen stoppen, die den Weg für ihren Aufstieg geebnet haben – das gilt auch für die Parti Socialiste (PS), die Teil der NFP ist und unter Hollande eine massive Sparpolitik durchführte und rassistische Abschiebungen ausweitete!

Innerhalb der Bewegung gegen den RN gab es aber auch positive Impulse von unten, z.B. durch feministische Organisationen – so zwangen diese den wegen häuslicher Gewalt verurteilten LFI-Kandidaten Adrien Quatennens zum Rücktritt. Seit der Bewegung gegen die Pensionsreform gibt es auch immer

mehr Arbeiter*innen, die Streiks organisieren und Druck auf ihre Gewerkschaften ausüben – was dazu führte, dass die CGT-Bahngewerkschaft zur Unterstützung der NFP aufrief.

Was tun in Österreich?

Wäre nun die Gründung eines möglichst breiten Wahlbündnisses ein Mittel gegen die FPÖ? Kurz gesagt: Nein. Parteien wie SPÖ und Grüne sind mitverantwortlich für den Aufstieg der FPÖ und übernehmen die Politik der FPÖ ins eigene Programm. Zudem ist die NFP durch den Druck einer Bewegung von der Straße entstanden – diese Bewegung fehlt in Österreich. Unsere beste Option am Wahlzettel ist derzeit die KPÖ. Deren Programm müssen wir aber solidarisch kritisieren. Rassismus und Sexismus wird von den Rechten benutzt um Arbeiter*innen in Österreich zu spalten, Sozialleistungen auf Frauen abzuwälzen und Sündenböcke für die multiplen Krisen zu finden. Die KPÖ lässt diese Themen komplett aus und überlässt den Rechten hier das offene Feld.

Wir brauchen eine politische Basisbewegung, die Menschen aus allen Lebensbereichen miteinschließt, und die jeden Angriff der extremen Rechten beantwortet – und sich gegen die rechte Politik aller Parteien stellt – z.B. durch die Gründung von demokratischen, antifaschistischen Komitees. Durch den Druck einer solchen Bewegung können auch neue politische Kräfte und Bündnisse entstehen, welche eine wirkliche linke politische Alternative von und für Arbeiter*innen, Jugendliche und Unterdrückte aufbauen können.

Israel: Widerstand und Widersprüche



Die Netanjahu-Regierung war schon vor dem 7. Oktober und vor dem fast 11 Monate andauernden Massaker in Gaza unpopulär - nun demonstrieren jede Woche wieder bis zu 150.000 Menschen. Damit sind die Proteste fast so groß wie jene vor dem 7. Oktober, die sich gegen die autoritäre Justizreform richteten. Die jetzige Protestbewegung ist sehr widersprüchlich. Viele Familien der Entführten und regierungskritische Gruppen fordern vorrangig einen Waffenstillstand, um einen Geiselaustausch zu realisieren, und einen Rücktritt der Netanjahu-Regierung. Neu ist die Forderung an die Hauptgewerkschaft Histadrut, einen Generalstreik zu organisieren - diese Forderung gab es schon in der Massenbewegung im Sommer 2023. Nach wie vor sind aber breite Teile noch nationalistisch beeinflusst und fordern kein Ende des Blutbads und der Besatzung.

Es gibt aber auch einen palästinensischen und linken Flügel der Bewegung, in dem unsere Schwesterorganisation "Mavaak Socialisti / Nidal Istharaki" (Sozialistischer Kampf) aktiv ist. Sie intervenieren in größeren Protesten und organisieren eigene Aktionen mit Forderungen wie: "Genug der Massaker, des Hungers und der Verbrechen - Kampf für Wiederaufbau und ein Leben in Würde" und „Generalstreik - um das Blutbad in Gaza zu beenden - alle für alle, Wiederaufbau und Wohlstand“.

Vor allem an den Universitäten gibt es vermehrt Proteste der arabisch-palästinensischen Community, die auch von den Uni-Besetzungen weltweit inspiriert wurden. Mavaak Socialisti-Aktivist*innen sind darin

als Uni-Beschäftigte aktiv und organisieren Solidarität. Der Staat reagiert darauf mit brutaler Repression: Ein friedlicher Protest von Maavak Socialisti wurde von der Polizei gestürmt, Teilnehmer*innen geschlagen und verhaftet.

Doch das wird uns nicht davon abhalten, die Proteste weiter aufzubauen, zu verbinden und zu Protesten gegen die Besatzung, Belagerung und Ausbeutung zu machen, sodass eine dauerhafter Frieden für die Arbeitenden, Armen und Unterdrückten beider nationaler Bevölkerungsgruppen erreicht werden kann.

socialism.org.il

Brasilien: Abtreibungsrecht verteidigt

In Brasilien sehen wir anhaltende Kämpfe um reproduktive Rechte von Frauen und Schwangeren, insbesondere gegen konservative und reaktionäre Angriffe auf das Recht auf Abtreibung. Im Juni 2024 mobilisierten feministische Organisationen landesweit gegen ein Gesetz, das Abtreibungen nach der 22. Schwangerschaftswoche kriminalisieren will, selbst bei Schwangerschaften aufgrund von Vergewaltigung. Der Gesetzesentwurf wurde gestoppt - das zeigt, wie bedeutend kollektive und öffentliche Mobilisierungen sind. Doch das Gesetz ist nur ein

weiteres Beispiel in einer langen Reihe von Offensiven gegen die reproduktiven Rechte von Frauen und Schwangeren. Sie werden häufig von konservativen und evangelikalen Gruppen unterstützt und zielen darauf ab, die bestehenden restriktiven Bedingungen für legale Abtreibungen weiter zu verschärfen.

Unsere Schwesterorganisation "Feministas Antirracistas Socialistas" (ROSA in Brasilien) spielt in diesen Kämpfen eine zentrale Rolle. Sie organisierte und beteiligte sich an den landesweiten Protesten und tritt entschieden für die Legalisierung und

Sicherung von Abtreibungen im öffentlichen Gesundheitssystem ein. Die Aktivist*innen argumentieren, dass die Rechte von Frauen und queeren Menschen innerhalb des kapitalistischen Systems immer wieder angegriffen werden und dass nur eine breite, revolutionäre Bewegung, die über die Verteidigung dieser Rechte hinausgeht und den Kapitalismus als Ganzes in Frage stellt, langfristige Verbesserungen erzielen kann.

 [@feministas.as](https://www.instagram.com/feministas.as)

Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus Gewerkschaft
 Imperialismus Internationalismus Kapitalismus Klasse Ökologie Partei
 Permanente Revolution Rassismus Reformismus Stalinismus
 Übergangsmethode Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus
 Internationalismus Kapitalismus Klasse
 Revolution Rassismus Reformismus
 Anarchismus Demokratie Dialektik

ABC des Marxismus: Einheitsfront

von Stefan Brandl

*Im März 1920 unternahm der faschistische General Kapp einen Putschversuch in Deutschland. Er scheiterte am spontanen Widerstand hunderttausender Arbeiter*innen: Mitglieder von KPD und SPD, Gewerkschafter*innen und Parteilose organisierten gemeinsam Streiks und bewaffnete Selbstverteidigung. Im Dezember forderte eine Massenversammlung den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter*innenorganisationen für niedrigere Lebensmittelpreise und höhere Steuern für die Reichen sowie eine Front gegen den Rechtsextremismus. Das war die Geburtsstunde der "Einheitsfront".*

"Getrennt marschieren – vereint schlagen!"

Die Kommunistische Internationale beschloss, solche Bündnisse möglichst überall zu suchen. Sie verstand die Einheitsfront als "das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse". Das war auch deshalb notwendig, weil die jungen und revolutionären kommunistischen Parteien in der Minderheit gegenüber der reformistischen Sozialdemokratie waren. Deren Führung hatte den Weltkrieg unterstützt und die revolutionären Bewegungen dagegen niedergeschlagen – weswegen sich die internationale kommunistische Bewegung

überhaupt gegründet hatte. Dennoch gab es an der Basis der Sozialdemokratie viele ehrliche Sozialist*innen. Die Einheitsfront sollte daher nicht in Geheimabsprachen der Führungen, sondern in gemeinsamen Aktionen an der Basis bestehen. In diesen Kämpfen sollten sich die Kommunist*innen als die konsequentesten Kämpfer*innen für Arbeiter*innen-Interessen beweisen. Nur durch diese praktische Erfahrung konnten Illusionen in den Reformismus überwunden und Arbeiter*innen von der Notwendigkeit revolutionärer Veränderung überzeugt werden.

Doch in der Praxis gelangen Einheitsfronten nur selten. Denn während in den ökonomischen und politischen Krisen der Zwischenkriegszeit die faschistische Gefahr wuchs, stellte sich die Führung der Sozialdemokratie hinter die herrschende Klasse und ihren bürgerlich-kapitalistischen Staat – und hetzte gegen die kommunistischen Parteien. Diese wiederum folgten dem Stalinismus und brandmarkten die Sozialdemokratie als "sozialfaschistisch". Trotz Millionen Antifaschist*innen in beiden Parteien war so keine Zusammenarbeit möglich – und der Faschismus siegte. Der Stalinismus kippte darauf ins andere Extrem: Er rief zur "Volksfront" mit den Kapitalist*innen gegen den Faschismus auf. Diese fürchten aber den Faschismus weniger als eine geeinte Arbeiter*innenschaft – welche für den antifaschistischen Kampf notwendig ist. So scheiterten die "Volksfronten" in Spanien und Frankreich katastrophal.

Lehren für heute

Heute stehen wir wieder einer wachsenden rechten Gefahr gegenüber. Es gibt aber in den meisten Ländern kaum mehr große politische Parteien der Arbeiter*innenbewegung. Unter diesen Umständen macht ein Demo- oder Wahlbündnis linker Organisationen noch lange keine Einheitsfront. Betriebliche Organisation und Streiks wachsen jedoch – wo Kolleg*innen sich in Basisinitiativen organisieren und Gewerkschaftsmitglieder und (Noch-)Nichtmitglieder gemeinsam kämpfen, ist der Geist der Einheitsfront schon viel greifbarer. Gleichzeitig gibt es Massenproteste wie in der Black Lives Matter-Bewegung oder gegen Femizide, die tausende Unorganisierte zusammenbringen. Das erinnert an die Ursprünge der Einheitsfront als spontane, gemeinsame Aktion von unten. Deswegen ist die Verbindung von gewerkschaftlichen, ökologischen, antirassistischen und feministischen (Arbeits-)Kämpfen gegen den Rechtsruck aktuell die größte Chance auf eine erfolgreiche Einheitsfront.

Wichtig ist dabei auch die Erfahrung der Volksfronten: Bündnisse mit dem bürgerlichen Establishment (etwa nach dem Motto: "Alle gegen die FPÖ") können nur scheitern. Denn dieses ist niemals bereit, die notwendige Verbindung von Kämpfen für konkrete Verbesserungen zu fördern, weil dadurch seine eigene Macht gefährdet wird. Die zentrale Frage für Einheitsfronten ist also nicht, ob bestimmte Kräfte in Worten für höhere Löhne oder gegen Rassismus sind – sondern ob sie bereit sind, sich gemeinsam und konsequent rund um konkrete Forderungen dazu zu organisieren und politisch zu kämpfen.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

**UNTERSTÜTZE UNS
MIT EINER SPENDE!**



**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 325 | 09/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei



STREIKKULTUR

STATT LEITKULTUR!

AUS DEM INHALT

» Zwei Jahre nach der „**Frau, Leben, Freiheit**“-Massenrevolte im Iran ist der Geist der Bewegung nach wie vor lebendig – und ihre Lehren enorm aktuell. **Seite 13**

» Die FPÖ ist nur ein Teil des Rechtsrucks – ein **liberaler und staatstragender Rassismus** macht sich in Politik und Medien breit. **Seite 14**

» Ein grauenhaftes Verbrechen löste **Massenproteste gegen Femizide in Indien** aus. Eine indische Sozialistin berichtet. **Seite 15**